

## Neonazi-Demo in Berlin: Polizei greift durch und nimmt 20 Festnahmen vor!

In Berlin-Friedrichshain wurden bei einer rechtsextremistischen Demo am 23.03.2025 etwa 20 Teilnehmer festgenommen; Gegendemonstrationen fanden statt.



**Berlin-Friedrichshain, Deutschland** - Heute hat die Polizei in Berlin-Friedrichshain zu Beginn einer rechtsextremistischen Kundgebung rund 20 Teilnehmer festgenommen. Die Festnahmen erfolgten aufgrund von Verstößen gegen das Versammlungsgesetz sowie das Zeigen verfassungsförderlicher Symbole. Besonders auffällig war die Festnahme von drei Personen, denen das Zeigen des Hitlergrusses und das Tragen eines verbotenen Symbols, der Siegrune, vorgeworfen wurde. Ein Richter entschied, dass diese drei Personen in Unterbindungsgewahrsam bleiben müssen.

Die rechtsextremistische Demonstration mit dem Motto „Für

Recht und Ordnung. Gegen Linksextremismus und politisch motivierte Gewalt“ zog etwa 850 Teilnehmer an, während die Veranstalter anfänglich mit bis zu 2.000 Teilnehmern rechneten. Diese dritte Veranstaltung dieser Art seit Dezember 2024 zeigte ein wachsendes Interesse an rechtsextremen Positionen, das sich bereits bei früheren Demos mit Teilnehmerzahlen von rund 60 und 150 manifestierte. Besonders markant war, dass die Gegenaktionen der FDP und Antifa, die sich gegen die Neonazi-Demonstration formierten, schließlich zu einer Sitzblockade am Markgrafendamm führten, was den Beginn der Kundgebung verzögerte.

## **Polizeieinsatz und Sicherheitsvorkehrungen**

Um der Situation Herr zu werden, mobilisierte die Polizei rund 1.500 Kräfte, unterstützt von der Bundespolizei. Der Bereich um den Bahnhof Ostkreuz wurde großräumig abgesichert, und die geplante Demonstrationsstrecke wurde mit Gittern abgesperrt. Dies führte zu erheblichen Verkehrsbehinderungen in den Stadtteilen Friedrichshain und Mitte. Die Marschroute führte vom Ostkreuz über Frankfurter Tor und Frankfurter Allee zur Rigaer Straße. Bereits bei früheren Demonstrationen war die Stimmung aggressiv, und es kam zu Auseinandersetzungen mit den Einsatzkräften.

In einem größeren Kontext wird die Situation durch die zunehmende Gewaltbereitschaft bei Demonstrationen deutlich. Laut der Bundeszentrale für politische Bildung sind Konflikte oft das Resultat unterschiedlicher Wahrnehmungen zwischen Teilnehmern und Polizei. Während einige Protestmethoden, wie Sitzblockaden, als gewaltfrei gelten, können sie dennoch zu Eskalationen führen, wenn Demonstranten sich gegen polizeiliche Maßnahmen wehren. Dies wird sowohl von Polizei als auch von Wissenschaftlern als gewaltsame Widersetzung angesehen.

## **Erfahrungen aus anderen Städten**

Die Erfahrungen aus anderen Städten, wie Stuttgart, zeigen ebenfalls, dass die Polizei große Anstrengungen unternimmt, um extremistische Demonstrationen und die dazugehörigen Gegendemonstrationen zu überwachen. Bei einer AfD-Kundgebung in Stuttgart wurden im November 2022 Wasserwerfer und berittene Polizisten eingesetzt, um die Sicherheit zu gewährleisten. Solche Maßnahmen sind häufig notwendig, um gewaltsame Zusammenstöße zu verhindern und die Versammlungsfreiheit zu wahren. In Stuttgart gab es zwar keine größeren Zusammenstöße während der Demos, doch auch hier kam es zu einzelnen Festnahmen im Kontext von Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Protestierenden.

Die unterschiedlichen Erfahrungen bei diesen Protesten verdeutlichen, dass die Balance zwischen dem Recht auf Meinungsäußerung und der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit eine stetige Herausforderung darstellt. Politisch motivierte Gewalt bleibt eine ernsthafte Problematik, die sowohl auf der linken als auch auf der rechten Seite des politischen Spektrums von Bedeutung ist, und erfordert eine differenzierte Betrachtung und Handhabung durch alle Beteiligten.

Die besorgniserregenden Entwicklungen im Bereich der politisch motivierten Gewalt verdeutlichen den Bedarf an langfristigen Lösungen, die über rein polizeiliche Maßnahmen hinausgehen. Es ist unabdingbar, dass die Gesellschaft gemeinsam an Lösungen gearbeitet wird, um solche Spannungen abzubauen und friedliche Protestformen zu fördern.

Für weitere Informationen zu den Ereignissen in Berlin-Friedrichshain lesen Sie bitte die ausführliche Berichterstattung auf [zeit.de](https://www.zeit.de), während die Erfahrungen aus Stuttgart auf [bw24.de](https://www.bw24.de) zu finden sind. Ein tiefergehender Einblick in die Zusammenhänge der politischen Gewalt bieten die Analysen auf [bpb.de](https://www.bpb.de).

Details	
<b>Ort</b>	Berlin-Friedrichshain, Deutschland
<b>Quellen</b>	<ul style="list-style-type: none"><li>• <a href="http://www.zeit.de">www.zeit.de</a></li><li>• <a href="http://www.bw24.de">www.bw24.de</a></li><li>• <a href="http://www.bpb.de">www.bpb.de</a></li></ul>

**Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](http://n-ag.de)**